

## Gleiche Menschenrechte für alle

### Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V. GBM zur ausstehenden Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt durch die Bundesrepublik Deutschland

Die GBM nimmt das Inkrafttreten des Fakultativprotokolls am 5. Mai 2013 zum Anlass, um ihre Forderung nach seiner Ratifikation durch die Bundesrepublik Deutschland erneut zu bekräftigen.

Vor nunmehr 20 Jahren hatte die Wiener Menschenrechtskonferenz in Ziffer 75 ihres Aktionsprogramms deutlich gemacht, dass die Ausarbeitung eines Fakultativprotokolls zum Sozialpakt beschleunigt geprüft werden soll. Das war eine Konsequenz der von der Wiener Menschenrechtskonferenz betonten Grundposition, dass alle Menschenrechte allgemeingültig und unteilbar sind, einander bedingen und einen Sinnzusammenhang bilden.

Nunmehr ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zu einem weltweit gültigen Fakultativprotokoll getan worden. Es ist in Kraft getreten! Wir fordern sofortige Ratifikation des Fakultativprotokolls zum Sozialpakt durch die Bundesrepublik Deutschland!

Noch aber gehört die BRD dem Protokoll nicht an, so dass die Bürger unseres Landes die im Protokoll genannten Verfahren nicht nutzen können, um ihre auf nationaler Ebene nicht durchsetzbaren, im Sozialpakt jedoch verankerten Rechte international geltend zu machen.

Im Bundestagswahlkampf ist soziale Gerechtigkeit von allen Parteien zu einem zentralen Thema gemacht worden. Soziale Gerechtigkeit ist jedoch ohne Gewährleistung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, für deren vollständige Durchsetzung das nunmehr gültige, durch die BRD jedoch noch nicht ratifizierte Fakultativprotokoll eine wichtige Rolle spielen würde, nicht denkbar.

Gerechtigkeit schließt Diskriminierungen, wachsende Gegensätze zwischen Arm und Reich, große Chancengleichheit der Angehörigen aller Klassen und Schichten in Ost und West sowie Rassismus und aufkommenden Faschismus aus.

Wir fordern mit der UNO:  
Alle Menschenrechte für alle Menschen!

Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger auf, im Wahlkampf zum Bundestag Parteien,

die sich dieser zutiefst humanistischen UNO-Forderung widersetzen, eine klare Quittung für ihre fortwährenden Verletzungen der Menschenrechte zu geben, wie sie die UNO schon oft gerügt hat.

Was können sich herrschende Parteien an Lügen noch leisten und der Bevölkerung zumutten? Statt Frieden Krieg, statt demokratischen Rechtsstaat Sackgassen der Ungerechtigkeit, statt Sozialstaat soziales Unrecht, statt Solidarität Unfrieden im ganzen Land. Wählt keine Partei, die soziale Gerechtigkeit missachtet.

Berlin 14. Mai 2013

\*

## Stellungnahme

ISOR unterstützt die Bekundungen und Forderungen der GBM und bekräftigt, dass nur der Partei die Stimme gegeben werden sollte, die Menschenrechte als unabdingbare humanistische Forderung und nicht nur als Lippenbekenntnis artikuliert.

Das Inkrafttreten des Protokolls ist ein wahrhaft historischer Schritt für die Gewährleistung der sich aus der UN-Konvention für den Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte (WSK) für Millionen von Menschen in der Welt ergeben, vorausgesetzt der jeweilige Staat ist dazu willens und zur Ratifizierung des Protokolls bereit.

Das Protokoll begründet zwar keine neuen materiellen Rechte, aber würde die Möglichkeit eröffnen, dass Bürger wegen der Verletzung erkennbarer wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte nach Ausschöpfung des innerstaatlichen Rechtsweges vor einem internationalen Gremium Beschwerde gegen ihren Staat einlegen könnten. Der UN-Ausschuss wäre damit nicht mehr nur für die Prüfung der Staatenberichte, sondern auch für internationale Beschwerde- und Untersuchungsverfahren zuständig. Die Umsetzung des Zusatzprotokolls würde einen wichtigen Schritt zur Gleichstellung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte mit den bürgerlichen und politischen Rechten bedeuten, für die bereits ein Individualbeschwerderecht besteht.

Der langjährige Kampf, insbesondere um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Ren-

tenstrafrechts, hat uns aber auch gelehrt, dass blindes Vertrauen in den Einsatz der Bundesregierung für die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte nicht angezeigt ist. Sie singt zwar laut das Hohelied der Menschenrechte, wenn es ihr denn passt. Letztlich zeigt aber auch die Behandlung – eher aber Negierung – des fünften UN-Staatenberichts ein äußerst stiefmütterliches Verhältnis zu Menschenrechten. DIE LINKE hat dazu bekanntermaßen eine Große Anfrage in den Bundestag eingebracht.

Die Ratifizierung des Zusatzprotokolls muss auf der Tagesordnung bleiben, eine Hinhaletaktik ist schließlich auch eine Verletzung von Menschenrechten.

\*\*\*

**„Und der Zukunft zugewandt...“**

**Appell der Teilnehmer des Territorialen Bündnisses der Vereine und Verbände aus Bernau und Umgebung**

**Wählt um der Wahrheit Geist!  
Wählt um der Freiheit Weite!  
Wählt um des Friedens Willen  
Wählt um der Kinder Glück!  
Wählt die politischen Kräfte,**

die seit Anbeginn gegen jegliche Kriegsbeteiligung Deutschlands sowie gegen die unsäglichen deutschen Waffenexporte auftreten, die sich für die Bekämpfung von Armut, Hunger und Not einsetzen, die sich für sozial verträgliche Mieten einsetzen und gegen Mietwucher und Wohnungsnot ankämpfen, die eine Verstaatlichung der Banken oder zumindest ein effektives staatliches Kontrollsysteem über die Banken fordern!



**Wählt nicht diejenigen,**

die Deutschlands Soldaten im Ausland postieren und in Kriegseinsätze führen, die Armut, Hunger und Not begünstigen, die Wohnungsnot, steigende Mieten und schlechende Inflation zulassen, die Euer Geld verzocken.

**Für soziale Gerechtigkeit!  
Gleiche Menschenrechte  
für alle Menschen!  
Macht von Eurem Wahlrecht  
unbedingt Gebrauch  
Es ist Eure Entscheidung!**

# Kandidaten für den Vorstand der ISOR e.V.

zur Wahl auf der Vertreterversammlung am 21./22. Oktober in Berlin

## Vorsitzender

Horst Parton, Jahrgang 1936, Dipl.- Gesellschaftswissenschaftler  
Polizeirat  
in der Funktion seit 1996  
TIG Cottbus

Herbert Kranz, Jahrgang 1939, Diplom-Ingenieur  
Oberstleutnant/MfS  
in der Funktion seit 2001  
TIG Berlin-Hohenschönhausen

## Stellv. Vorsitzende

Horst Bischoff, Jahrgang 1936, Prof. Dr. sc. jur.  
Hauptinspekteur/Zollverwaltung der DDR  
in der Funktion seit 2001  
TIG Berlin-Weißensee

Gerd Röseberg, Jahrgang 1933,  
Dipl.-Staatswissenschaftler  
Polizeidirektor  
Landesbeauftragter seit 2001  
TIG Cottbus

Rainer Rothe, Jahrgang 1940, Dr. jur.  
Oberst/MfS  
in der Funktion seit 2009  
TIG Berlin-Mitte

Rolf Scheffel, Jahrgang 1941, Dr. jur.  
Oberst/MfS  
in der Funktion seit 2005  
TIG Berlin-Hohenschönhausen

## Schatzmeister

Hans- Peter Speck, Jahrgang 1940, Finanzwirtschaftler  
Oberstleutnant/MfS  
Schatzmeister seit 2001,  
Landesbeauftragter seit 2013  
TIG Berlin Friedrichsfelde/Karlshorst

Hans- Jürgen Schwart, Jahrgang 1947  
Diplom-Jurist  
Rat/Zollverwaltung der DDR  
TIG-Vorsitzender seit 2012  
TIG Halle

## Geschäftsführer

Wolfgang Schmidt, Jahrgang 1938, Diplom-Kriminalist  
Oberstleutnant/MfS  
Schriftführer seit 2001, Geschäftsführer  
seit 2012  
TIG Berlin-Hohenschönhausen

Harry Thomas, Jahrgang 1939, Diplom-Jurist  
Major/MfS  
in der Funktion seit 2009  
TIG Potsdam

Manfred Volland, Jahrgang 1933, Dipl.-rer.mil.  
Generalleutnant a.D./NVA  
in der Funktion seit 2005  
TIG Strausberg

Dieter Wittstock Jahrgang 1947 Diplom-Ingenieur  
Oberstleutnant/Zivilverteidigung der DDR  
Landesbeauftragter seit 2001  
TIG Merseburg

## Vorstandsmitglieder

Willi Becker, Jahrgang 1950,  
Diplom-Wirtschaftswissenschaftler  
Major/MfS  
Landesbeauftragter seit 2001  
TIG Erfurt

Gerhard Dylla, Jahrgang 1932, Dr. rer. oec.  
Oberstleutnant/MfS  
in der Funktion seit 1996  
TIG Berlin-Hohenschönhausen

Horst Eismann, Jahrgang 1938, Diplom-Mathematiker  
Major/MfS  
Landesbeauftragter 2001  
TIG Dresden

Manfred Jonischkies Jahrgang 1942, Dipl. rer. mil.  
Generalmajor a.D./NVA  
Landesbeauftragter seit 2013  
TIG Schwerin

## Für die Revisionskommission kandidieren:

**Johannes Auerswald**, Mitglied der Revisionskommission  
und Kassenprüfer, TIG Berlin-Marzahn, (MfS)

**Manfred Krumbholz**, bisheriger Vorsitzender  
Revisionskommission, TIG Berlin-Weißensee, (DVP)

**Jörg Liebing**, Kassenprüfer, TIG Berlin-Hohenschönhausen, (MfS)

**Karl-Heinz Schwarze**, Mitglied der Revisions-  
kommission, TIG Berlin-Friedrichsfelde, (DVP)

**Christina Westphal**, Hauptkassiererin TIG Berlin-  
Hellersdorf, (MfS)

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Der Vorstand nahm zur Kenntnis, dass die Rentenanträge der Partei DIE LINKE am 28.06.2013 im Bundestag erneut abgelehnt wurden.

\*

Rainer Rothe informierte, dass nach einer Entscheidung des LSG Sachsen-Anhalt die Revision beim BSG im Zusammenhang mit der Anerkennung von Zulagen/Zuschlägen für die Rentenberechnung eingereicht werden kann.

\*

Intensiv diskutierte der Vorstand über ein Positionspapier zur möglichen künftigen Entwicklung der ISOR. Das vorliegende Papier und die Ergebnisse dieser Diskussion werden für das Referat des Vorsitzenden genutzt und für den Entschließungsentwurf auf der Vertreterversammlung im Oktober 2013 verarbeitet. Der neu gewählte Vorstand wird auf dieser Grundlage und im Ergebnis der Diskussion der Vertreterversammlung die politische Führungskonzeption aktualisieren.

\*

Peter Speck informierte, dass sich die Einnahmen und Ausgaben der ISOR im 1. Halbjahr 2013 planmäßig entwickelten. Die Abrechnungen der TIG für das 1. Halbjahr erfolgten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – korrekt und im vorgegebenen terminlichen Rahmen.

## Die AG Recht teilt mit

### Anpassungssatz für den Dienstbeschädigungsausgleich zum 01.07.2013

Zum 01.07.2013 erfolgte die Rentenanpassung mit 0,25%. Hierzu erreichen uns eine Vielzahl von Anfragen, weshalb nicht auch für den DBA der Anpassungssatz Ost (3,29%) zugrunde gelegt wird.

Der DBA wurde bis 30.06.2011 in Höhe der Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz und in Höhe einer geminderten Grundrente für das Beitrittsgebiet gezahlt. Aufgrund einer Gesetzesänderung findet diese Kürzung seit dem 01.07.2011 keine Anwendung mehr. Die Anpassungen erfolgen seither entsprechend der Rentenhöhe West. Wegen des niedrigen Anpassungssatzes zum 01.07.2013 und der Rundung auf volle Eurobeträge kommt es in den meisten Fällen zu keiner Erhöhung bzw. zu einer Anhebung um lediglich einen Euro. Das ist nicht zu beanstanden. Soweit bei den Versorgungsträgern deswegen Widersprüche eingelegt wurden, können diese ohne Rechtsverlust zurückgenommen werden.

\*



Die **TIG Stralsund** führte am 25.06.2013 ihre halbjährliche Mitgliederversammlung durch.

Unserem Delegierten wurde mit auf den Weg gegeben, sich in die Diskussion auf der Vertreterversammlung besonders zur Zukunft unserer Organisation nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts einzubringen. Es wurde die Überzeugung zum Ausdruck gebracht, dass auch weiterhin an der Solidarität zu unseren noch von Strafrete betroffenen Mitgliedern festgehalten wird, bis unser gemeinsames Ziel erreicht ist.

Der zweite Tagesordnungspunkt betraf die persönliche Vorstellung der Direktkandidaten unseres Wahlkreises für die Bundestagswahl und das Gespräch mit ihnen. Dazu waren eingeladen:

- Kerstin Kassner, - DIE LINKE,
- Sonja Steffen, - SPD,
- Dr. Angela Merkel, - CDU,
- Claudia Müller, - Bündnis90/Die Grünen,
- Gino Leonhardt, - FDP.

Erschienen und zur Diskussion stellten sich allerdings nur die Kandidatinnen der Partei DIE LINKE und Bündnis90/Die Grünen.

Die anderen Kandidaten entschuldigten sich. Die Gäste informierten über Inhalte ihrer Wahlprogramme.

Im inhaltlichen Vergleich der Wahlprogramme konnte DIE LINKE punkten und erhielt sogar Anerkennung durch Bündnis90/Die Grünen.

Diskussionsschwerpunkte waren:

- Tatsächliche Herstellung der deutschen Einheit durch gleichermaßen Anerkennung aller Lebensleistungen, angeglichenen Lebens- und Wirtschaftsbedingungen sowie Löhnen, Renten und Sozialstandards,
- Beseitigung des Rentenstrafrechts,
- Beendigung aller Kriegseinsätze der Bundeswehr
- Ausschöpfung aller friedlichen politischen und diplomatischen Möglichkeiten, um Krieg, bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern bzw. zu beenden sowie die Urheber und Schuldigen international zur Rechenschaft zu ziehen.
- Nichteinmischung in innere Angelegenheiten anderer Staaten.
- Internationale Ächtung von Waffenexporten und UN-kontrollierte Abrüstung.

Spontan kam es zu einer Spendenaktion für die Hochwassergeschädigten.

Der Ertrag von 100 € wurde auf das Spendenkonto der Bank für Sozialwirtschaft überwiesen.

**Werner Börner**

\*

Ende Juli besuchten 20 Mitglieder und Sympathisanten der **TIG Freiberg/Brand-Erbisdorf** das Polizeihistorische Museum in der Erzgebirgsgemeinde Pfaffroda/Ortsteil Schönenfeld. Gemeinsam mit den Ehepartnern erlebten alle ein gutes Stück DDR-Geschichte. Der private Initiator und Betreiber Herr Erber hat in mühevoller Kleinarbeit und in seiner Freizeit Großes geleistet. Die gesammelten Objekte aus der Arbeit der Deutschen Volkspolizei würdigen, auch ohne große Erklärungen und Zusatzdokumentationen, den unermüdlichen Einsatz der ehemaligen Volkspolizisten, insbesondere der Abschnittsbevollmächtigten (ABV), zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit der DDR. Die ausgestellten Sachzeugnisse sprechen dabei für sich selbst. Dem Leiter des Museums wurden als Dank für seine umfangreichen Erklärungen historische Zeitdokumente aus den Anfangsjahren der Arbeit der VP zur Bereicherung der Ausstellung übergeben. Da die Besichtigung des Museums mit einem gemeinsamen Cafe-Besuch in einem Nachbarort organisiert war, trug diese Veranstaltung auch zur weiteren Festigung des Zusammenhaltes unserer TIG bei.

**Peter Költz**

## Aus der Postmappe

Meine Meinung zu dem Bericht von Horst Eismann zum Programm der Partei DIE LINKE: Jawohl; gute Ansätze; gutes Programm, aber wir müssen ehrlich der gegenwärtigen Situation ins Auge schauen. Als Linke werden wir den Erfolg nie haben, da schon aus Prinzip die CDU/CSU mit der FDP alles ablehnen. Es hilft nur, dass das Programm so viel Wähler wie möglich erreicht, die auch zur Wahl gehen. Jeder Nichtwähler gibt Stimmen für die alte Regierung und braucht sich dann nicht zu beschweren, wenn alles beim Alten bleibt.

**Siegfried Tietz**

## In eigener Sache

**ISOR aktuell** enthält mitunter Werbe-Beilagen des Berliner Unternehmens „Unsere Buchempfehlung für Sie“. Die Auswahl der Titel der dort beworbenen Bücher liegt nicht in der Zuständigkeit oder Verantwortung von ISOR. Es kann deshalb vorkommen, dass einzelne Bücher nicht der Auffassung und dem Geschmack unserer Mitglieder entsprechen. Da die Mehrheit der Bücher aber in einem akzeptablen Spek-

trum angesiedelt sind, bitten wir unsere Mitglieder um Verständnis und Toleranz gegenüber einzelnen Ausnahmen, die sicherlich auch kommerziellen Erwägungen geschuldet sind.

### Ehrung für Walter Ulbricht

Der 120. Geburtstag und der 40. Todestag des langjährigen Partei- und Staatsfunktionärs Walter Ulbricht, der unmittelbar nach dem Sieg über die Hitlerfaschisten wichtige Aufgaben bei der Schaffung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung, der Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien und der Gestaltung einer Jahrzehnte wirkenden Bündnispolitik übernommen hatte, war am 1. August für etwa 150 Personen aus Berlin und dem Umland Anlass zu einem würdevollen Gedenken auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, darunter die stellvertretenden Vorsitzenden von ISOR, der Geschäftsführer und der Schatzmeister.



Foto W. Kroschel

Egon Krenz spannte in seinen Gedenkworten einen Bogen vom ehemaligen Sozialdemokraten Ulbricht zum Gründungsmitglied der KPD. In dieser Zeit ermordete die Reaktion seine Kampfgenossen Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, übernahm das sozialdemokratische „Dreigespann Ebert, Noske Scheidemann“ die Aufgabe, die Errungenschaften der deutschen Novemberrevolution zu revidieren. Folgerichtig, so Egon Krenz, wurde Walter Ulbricht bereits steckbrieflich gesucht, war Ernst Thälmann bereits verhaftet, als der Reichstagsabgeordnete und spätere Bundespräsident Theodor Heuss seine Zustimmung zur Machtübertragung an das Hitlerregime gab. Und als die faschistische deutsche Wehrmacht Tod und Verderben über Europa brachte, kämpfte Walter Ulbricht für das Leben der deutschen Soldaten, indem er als Frontbeauftragter der Roten Armee zur Beendigung des Völkermordens aufrief.

Als Konrad Adenauer „lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“ haben wollte, setzte Walter Ulbricht dem die Forderung „Deutsche an einen Tisch“ entgegen. Sein Wirken an der Spitze von SED und Regierung, sein Eintreten für eine stabile Friedensordnung, die soziale Befreiung unterdrückter Völker durch Überwindung der impe-

rialistischen Kolonialpolitik fand internationale Anerkennung über das sozialistische Lager hinaus besonders bei Staatsmännern der sogenannten „Dritten Welt“. Folgerichtig wurde und wird Walter Ulbricht dafür durch die Erben von Heuss, Adenauer, die Hitlergenerale und deren Adepten mit aller Kraft gehasst. Das aber ist ein Zeichen dafür, dass Walter Ulbricht auf der richtigen Seite stand.

Wolfgang Kroschel

\*

### Provinzposse in Erfurt?

Bei Redaktionsschluss erreichte uns folgende Meldung der Zeitung „neues deutschland“ :

„Die Linken-Politikerin Kersten Steinke hat Vorwürfe, sie würde frühere Mitarbeiter der DDR-Staatssicherheit umwerben, als heuchlerisches ‚Wahlkampftheater‘ zurückgewiesen. Laut einem Bericht des Fernsehsenders MDR, der nach einem Besuch der Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Bundestages bei der Vereinigung ISOR von einem ‚heimlichen Auftritt vor DDR-Altkadern‘ gesprochen hatte, hatten Politiker von CDU und SPD Steinke kritisiert. Der Erfurter SPD-Parlamentarier Steffen-Claudio Lemme forderte von der Linken-Politikerin eine unparteiische Rolle, der Generalsekretär der Thüringer CDU, Mario Voigt, verlangte von der Thüringer Linkspartei, ‚sich von ihrer Spitzenkandidatin deutlich zu distanzieren‘. Er nannte die Linkspartei eine ‚Stasi-Gewerkschaft‘ und Steinke ‚das wahre Gesicht der alten umetikettierten Stasi-PDS‘.“

Steinke sprach nun von einer durch den MDR ausgelösten Kampagne, in der versucht werde, sie und die Linkspartei ‚in Misskredit zu bringen‘. Als Vorsitzende des Petitionsausschusses

sei sie bei der ‚Initiativgemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR‘ eingeladen gewesen, ‚um über den Stand der Bearbeitung einer Petition zu rentenrechtlichen Fragen zu berichten‘, die der Verein eingereicht hatte. Dies sei ein üblicher Vorgang im Petitionswesen.

Steinke sagte, die Linkspartei setze sich seit Beginn der 1990er Jahre für gerechte Renten in Ost und West ein und wolle ‚vorhandenes Rentenunrecht beseitigen‘. Es werde von ihr ‚keine Ausgrenzung irgendeiner Gruppe von Menschen geben, die sich ernsthaft mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen‘. Die Linkspartei, so Steinke weiter, habe sich aber auch ‚stets für die Opfer des SED-Regimes eingesetzt und höhere Entschädigungszahlungen gefordert‘. Es habe auch keinen ‚heimlichen Auftritt vor dem Verein gegeben, wie es der MDR behauptet. Das Fernsehteam sei allerdings ‚zu der Versammlung nicht erwünscht‘ gewesen, weil es auch früher schon ‚verleumderische Berichte‘ über ISOR gegeben habe.“

**ISOR aktuell** hat dem Bericht des „nd“ nichts hinzuzufügen. Hier werden erneut Journalisten des öffentlich-rechtlichen MDR in die Spur geschickt, um bundesweit kaum bekannten Lokalpolitikern der Regierungskoalition in Thüringen Steilvorlagen im Wahlkampf gegen die politische Konkurrenz von links zu liefern, die dann auf Stichwort auch mit ihren skurrilen Kommentaren einsteigen. Wir meinen zwar, dass dieser Schuss wohl eher ins eigene Knie ging, werden aber in der nächsten Ausgabe ausführlicher informieren, wenn das weitergeführt werden sollte und eine Beschäftigung mit der Sache nötig wird. Einstweilen lassen wir es mit dieser Information unserer Mitglieder bewenden.

## Zwischenruf

### Aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September

Das Gedächtnis der Menschheit für erduldet Leiden ist erstaunlich kurz. Ihre Vorstellungsgabe für kommende Leiden ist fast noch geringer. Die Beschreibungen, die der New Yorker von den Gräueln der Atombombe erhielt, schreckten ihn anscheinend nur wenig. Der Hamburger ist noch umringt von Ruinen, und doch zögert er, die Hand gegen einen neuen Krieg zu erheben. Die weltweiten Schrecken der vierziger Jahre scheinen vergessen. Der Regen von gestern macht uns nicht nass, sagen viele.

Diese Abgestumpftheit ist es, die wir zu bekämpfen haben. Ihr äußerster Grad ist der Tod. Allzu viele kommen uns schon heute vor wie Tote, wie Leute, die schon hinter sich haben, was sie vor sich haben, so wenig tun sie dagegen.

Und doch wird nichts mich davon überzeugen, dass es aussichtslos ist, der Vernunft gegen ihre Feinde beizustehen. Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!

Lasst uns die Warnungen erneuern, und wenn sie schon wie Asche in unserem Mund sind! Denn der Menschheit drohen Kriege, gegen welche die vergangenen wie armselige Versuche sind, und sie werden kommen ohne jeden Zweifel, wenn denen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten, nicht die Hände zerschlagen werden.

**Bertolt Brecht in seiner Botschaft an den Völkerkongress für den Frieden 1952 in Wien**

## Lesenswert

Egon Krenz (Hrsg.)

**Walter Ulbricht**

(Verlag Das Neue Berlin, Eulenspiegel Verlagsgruppe 2013)  
ISBN 978-3-360-02160-1  
608 Seiten, mit Abb., Preis 24,99 €

Der Herausgeber des Buches schreibt zu den Überlegungen, ob der Gedanke, aus Anlass seines 120. Geburtstags ein Buch über Walter Ulbricht herauszubringen, nicht die Gefahr seiner Heroisierung in sich berge. Er habe diesen Gedanken von sich geschoben. „Und selbst wenn“, fügt er hinzu, „solange man hierzulande mehr über Hitler, seine Generäle, seine Helfer, seine Frauen, seine Hunde, seine Bunker erfährt als über die Kämpfer gegen den Faschismus, scheint mir eine gewisse Überhöhung sogar verständlich. Trotzdem: Unter den von mir befragten Zeitzeugen war keiner, der Ulbricht idealisierte. Spürbar wurde allerdings, dass in der Rückschau auf vierzig DDR-Jahre und die nachfolgenden Jahrzehnte Ulrichs Konturen wesentlich deutlicher sind als vielleicht noch zu seinen Lebzeiten. Der Volksmund sagt, erst wenn man das Dorf verließe, würde man erkennen, wie hoch der Kirchturm ist. Ähnlich geht es mitunter historischen Persönlichkeiten. Das Urteil der Nachwelt erscheint jedenfalls sachlicher und gerechter“. Mögen diese Gedanken des Herausgebers zunächst ausreichen, auf eine Publikation der Beiträge von 70 Zeitzeugen zur Würdigung eines führenden Repräsentanten der DDR aufmerksam zu machen, mit denen man sich als ehemaliger Offizier bewaffneter Organe der DDR grundsätzlich identifizieren kann. Sie mahnen zugleich zu historischer Sachlichkeit und Sorgfalt angesichts steigender Intensität des staatlich verordneten Antikommunismus im Lande und herrschendem Zeitgeist im Umgang mit Sachverhalten und Biographien aus vierzig Jahren Deutsche Demokratische Republik.

H.B.

Werner Feigel

**Wehe Du weißt Dir nicht zu helfen**

Das Gesundheits(un)wesen. Ein Erlebnisbericht (Verlag RaDe Ribnitz – Damgarten 2013)  
72 Seiten, Preis: 7,95 €  
Bezug über: Verlag RaDe Detlef Mauch  
Körkwitter Weg 54 18311 Ribnitz – Damgarten,  
Tel.: 03821/706 452,  
E-Mail: rade.verlag@t-online.de  
oder direkt über den Autor erwünscht:  
Werner Feigel, Schubertstr. 2, 09119 Chemnitz,  
Tel.: 0371/27589354, E-Mail: wfeigel@freenet.de

Viele ISOR-Mitglieder kennen Werner Feigel (Jahrgang 1924) als einen der Mitgründer unserer Organisation und langjährigen ISOR-Funktionär. Über sein Leben als Angehöriger der Deutschen Volkspolizei (1945–86, zuletzt Oberstleutnant), der sich, von Haus aus Jurist, nach 1990 sofort in den Dienst unserer Solidargemeinschaft stellte, hat er bereits früher publiziert.

Nun legt er aus Erfahrungen, auf die er sicher gern verzichtet hätte, einen Erlebnisbericht über das Gesundheitswesen der Gegenwart vor, dem er nach seinen Beobachtungen wohl zu Recht die Silbe „un“ einfügt. Sowohl er als auch seine Frau waren dem mehrere Jahre ausgesetzt. Beider Erfahrungen haben ihn den gewählten Titel seines Reports entstehen lassen. Man liest mit großer Betroffenheit von dem Beiden abverlangten Marsch durch die Kliniken, Arztpraxen, Reha – und Pflegedienste, vor allem aber auch durch die Verwaltungen und Kassen der heutigen Zweiklassenmedizin. Man kann am Ende nur mit Respekt und Bewunderung feststellen: Überwiegend hat wohl ihre eigene Disziplin und Haltung zum Leben und zueinander bewirkt, dass sie auch weiterhin unter uns sind, manchmal, so scheint es, wohl auch trotz der Institutionen!

Wir danken Werner für einen kritischen, lebensbejahenden Erfahrungsbericht, der zugleich wertvolle Ratgebungen vermittelt. Wir wünschen uns von Herzen, dass so bewährte Kameraden auch in höherem Alter noch lange an unserer Seite bleiben. Einen festen Händedruck für Dich, lieber Werner und liebe Grüße Deiner tapferen Frau!

H.B.

## Impressum

**Herausgeber:** Vorstand der ISOR e.V.

**Vorsitzender:** Horst Parton

**Redakteur:** Wolfgang Kroschel, Telefon: (030) 29 78 43 19

**V.i.S.d.P.:** Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Zuschriften vor.

**Redaktionsschluss:** 31.07.2013

**Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:** 28.08.2013

**Einstellung im Internet:** 06.09.2013

**Auslieferung:** 12.09.2013

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

**Geschäftsstelle der ISOR e.V.**

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt – Tel.: 29 78 43 16

Postanschrift: ISOR e.V.: Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

**Telefon:** (030) 29 78 43 15 – Sekretariat

29 78 43 17 – AG Finanzen

**Fax:** (030) 29 78 43 20

Postfach 700423 – 10243 Berlin

**E-Mail:** ISOR-Berlin@t-online.de

**Redaktion:** Isor-Redaktion@t-online.de

**Internet:** <http://www.isor-sozialverein.de>

**Bankverbindung:** Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

IBAN: DE 43 1005 000 1713 0200 56

**Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:**

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 15 Uhr

**Sprechstunden der AG Recht:**

Jeden 1. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr sowie nach tel. Terminvereinbarung (030 29 78 43 15) auch am 3. Donnerstag von 15 bis 17 Uhr